



Am ersten Tag der Hilfsgüterverteilung an einem neuen Zentrum im Gazastreifen brach Chaos aus. Die umstrittene Hilfsaktion wurde von israelischer Seite ins Leben gerufen – und sorgt nun für große Unruhe.

Videomaterial zeigt Menschenmengen, darunter viele Frauen und Kinder, die auf das Zentrum zurannten, wo zuvor Hilfspakete gestapelt worden waren. In einem der Clips ist zu sehen, wie die Menge plötzlich in Panik gerät und flüchtet – im Hintergrund sind mehrere kurze Gewehrsalven zu hören. Seit März blockiert Israel die Einfuhr von Hilfsgütern, was die Notlage der palästinensischen Bevölkerung dramatisch verschärft hat.

Die *Gaza Humanitarian Foundation*, Organisatorin der Verteilung, erklärte, dass der Andrang so heftig gewesen sei, dass sich ihr Team zurückziehen musste.

Vermittler arbeiten nach wie vor fieberhaft an einer Waffenruhe im Gazastreifen. Doch widersprüchliche Signale aus Israel, den USA und von der Terrororganisation Hamas lassen kaum klare Fortschritte erkennen.

Westjordanland: Israelische Soldaten erschossen den 14-jährigen palästinensisch-amerikanischen Jungen Amer Rabee, den sie als Terroristen einstufte. Der Vorfall schürt erneut den Vorwurf, das israelische Militär handle mit übermäßiger Gewalt und ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung.

Deutschlands Kanzler als neue Schlüsselfigur für die Ukraine

Heute reist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erstmals seit Friedrich Merz' Amtsantritt als Bundeskanzler nach Deutschland. Angesichts der wachsenden Unsicherheit über die langfristige US-Unterstützung für Kiew, positioniert sich Merz zunehmend als führende Kraft in Europas Solidaritätsallianz mit der Ukraine.

Ein zentrales Gesprächsthema dürfte die militärische Unterstützung sein – konkret geht es um den Marschflugkörper „Taurus“, eine gemeinsame Entwicklung Deutschlands und Schwedens. Die frühere Bundesregierung hatte eine Lieferung stets abgelehnt. Merz kritisierte das damals, hat sich jedoch seit Amtsübernahme nicht klar geäußert, ob er die



Waffe jetzt liefern wird.

König Charles' Seitenhieb gegen Trump

Bei der feierlichen Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des kanadischen Parlaments zeichnete König Charles ein düsteres Bild der Weltlage – und kritisierte damit subtil die Wirtschaftspolitik von Donald Trump. „Wir müssen mit klarem Blick auf die Welt schauen“, sagte Charles in Ottawa. „Die Welt ist gefährlicher und unsicherer als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Zweiten Weltkrieg.“

Der Besuch des britischen Königs – der gleichzeitig Kanadas Staatsoberhaupt ist – wurde auch als direkte Antwort auf Trumps jüngste Forderung gesehen, Kanada solle der 51. US-Bundesstaat werden. Premierminister Mark Carney ließ durchblicken, dass die ungewöhnliche Entscheidung, das Parlament vom Monarchen eröffnen zu lassen, ein Zeichen für Kanadas eigenständige Identität gegenüber den USA sei.

Weitere wichtige Schlagzeilen

Frankreich: Heute wird das Urteil gegen einen Arzt erwartet, der 299 ehemalige Patienten missbraucht haben soll – der größte Pädophiliefall in der französischen Geschichte.

Trump: Ein US-Bundesrichter hat Trumps Versuch gestoppt, eine einflussreiche Anwaltskanzlei wegen politischer Gegnerschaft zu bestrafen.

Großbritannien: Nach einem Zwischenfall in Liverpool, bei dem ein Auto in eine Menschenmenge raste und 65 Menschen verletzte, betonten die Behörden, dass der Fahrer ein weißer Brite war – um Gerüchten entgegenzuwirken.

Migration: Die USA pausieren vorübergehend Visa-Interviews für Studierende und Gastwissenschaftler aus dem Ausland, um das Prüfverfahren ihrer Social-Media-Aktivitäten zu überarbeiten.



Weltraum: SpaceX verlor bei seinem neunten Testflug die Kontrolle über das „Starship“, das im All zerbrach.

Afrika: Joseph Kabila, ehemaliger Präsident der Demokratischen Republik Kongo, ist in das von Rebellen kontrollierte Goma zurückgekehrt.

Kriminalität: Eine dritte Person, die beschuldigt wird, einen Mann entführt und ihn drei Wochen lang in einem Haus in Manhattan gefoltert zu haben, um seine Bitcoin-Bestände zu stehlen, hat sich der Polizei gestellt.

Nordkorea: Satellitenbilder zeigen, wie der Stapellauf eines neuen 5.000-Tonnen-Zerstörers vergangene Woche grandios scheiterte.

Zölle und Wirtschaft

China: Ein umfassender Handelskrieg mit den USA könnte dem Amerikanern Millionen Jobs kosten.

Japan: Die Regierung hat ein Hilfspaket über 6,3 Milliarden Dollar verabschiedet, um Unternehmen und Haushalte zu unterstützen, die unter den US-Zöllen leiden.

Schiffbau: Die USA wollen die eigene Schiffbauindustrie wiederbeleben – doch amerikanische Schiffe kosten das Fünffache asiatischer Modelle.